

---

*Syrien*

# Zum Verständnis der revolutionären Dynamik des Volksaufstands

**JOSEF DAHER**

Seit über zwei Jahren analysiert die Mehrheit der Beobachter den revolutionären Prozess in Syrien «von oben», in geopolitischen Begriffen, und ignoriert die politische und sozioökonomische Dynamik des Volksaufstands von unten. Die (bislang verbale) Drohung mit einer westlichen Intervention hat die Sichtweise, es handele sich hier um einen Konflikt «zwischen zwei Lagern», verstärkt: mit den westlichen Staaten und den Golfmonarchien auf der einen und dem Iran, Russland und der Hizbollah auf der anderen Seite.

Wir weigern uns, zwischen diesen beiden Lagern zu wählen, wir verweigern uns dieser Logik des «kleineren Übels», die nur zur Niederlage der syrischen Revolution und ihrer Ziele führen kann: Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Ablehnung des Konfessionalismus. Unsere Unterstützung gilt dem revolutionären Volk, das für seine Befreiung und seine Emanzipation kämpft. Tatsächlich ist der Sturz des Regimes wie auch der Aufbau einer Gesellschaft mit Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Säkularismus nur durch das kämpfende Volk möglich – einer Gesellschaft, die das Recht eines jeden, seine Religion zu praktizieren, respektiert und garantiert und die Gleichheit aller ohne jede (religiöse, ethnische, geschlechtsbezogene usw.) Diskriminierung sichert.

Nur die Massen, die ihr eigenes Mobilisierungspotenzial entwickeln, können durch ihr gemeinsames Handeln Veränderung bewirken. Das ist das ABC der revolutionären Politik. Aber dieses ABC trifft heute auf eine tiefe Skepsis in zahlreichen Milieus der westlichen Linken. Man sagt uns, dass wir unsere Wünsche für die Realität halten, dass es vielleicht vor zweieinhalb Jahren den Beginn einer Revolution gegeben habe, die Dinge sich jedoch inzwischen verändert hätten. Man sagt uns, dass der Jihadismus in der Opposition gegen das Regime die Oberhand gewonnen habe, dass es nicht mehr um eine Revolution gehe und dass man ein Lager wählen müsse, um einen konkreten Ausweg aufzuzeigen...

Die gesamte Debatte auf der Linken ist durch diese «campistische» Logik verschmutzt, oftmals geht sie mit Verschwörungstheorien einher und grundlegende Scheidelinien zwischen Links und Rechts werden verwischt – insbesondere gegenüber der extremen Rechten.

In einem ersten Schritt machen wir einen Schritt zurück in die Geschichte Syriens, weil es unmöglich ist, den syrischen Volksaufstand und seine Entwicklung zu verstehen, ohne sich die lange Periode seit der Machtübernahme durch Hafez al-Assad im Jahre 1970 in Erinnerung zu rufen. Hafez al-Assad starb im Jahr 2000, worauf sein Sohn, Bashar al-Assad, sein Nachfolger an der Spitze des Staates wurde und es bis heute ist. Dies war ein

Wendepunkt in der Geschichte Syriens. Wir analysieren das Regime, das in der Zeit von Hafez al-Assad errichtet wurde und seine Folgen für die syrische Gesellschaft. Denn Bashar al-Assad stellte sich in dessen Kontinuität und beschleunigte trotz einer kurzen Periode der demokratischen Öffnung, die man den Damaszener Frühling (2000) nannte, die Durchführung einer neoliberalen Politik. Die «Öffnung» wurde sehr schnell wieder geschlossen.

Wir analysieren dann die Ursachen und die Dynamik des Aufstands vor dem Hintergrund der revolutionären Prozesse in der Region, aber auch ihre spezifischen Merkmale. Schließlich diskutieren wir die Entwicklung des Aufstands vom friedlichen Protest bis zu seiner derzeitigen bewaffneten Radikalisierung. Wir zeigen die unterschiedlichen Verzweigungen und die Komplexität des revolutionären Prozesses in Syrien auf, indem wir Bezeichnungen wie «Bürgerkrieg» und/oder «Konfessionskrieg», die heute größtenteils zur Beschreibung der Situation in Syrien benutzt werden, hinterfragen. Wir erklären, warum diese Begriffe uns nicht erlauben, die Ereignisse zu verstehen, und schlagen eine alternative Analyse vor, die mit dem Begriff «Revolution» arbeitet, deren materielle wie ideelle Aspekte wir untersuchen.

## Syrien nach der Unabhängigkeit

Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1946 trägt Syrien eine Reihe von Hinterlassenschaften aus seiner langen Zugehörigkeit zum Osmanischen Reich mit sich herum; in ihm übten die Städte einen starken politischen und ökonomischen Einfluss auf die ländlichen Gebiete aus. Die Städte beherrschten das Hinterland und bildeten entscheidende Knotenpunkte des internationalen Handelssystems, das Europa mit Asien verband (Issawi 1982: 102f.). Das gilt insbesondere für die Städte Damaskus und Aleppo, aus denen alle politischen Eliten des Landes seit der Unabhängigkeit 1949 bis zum Jahr 1963 stammten.

In dieser Zeit wurde das politische Leben Syriens durch eine Vielzahl von militärischen Staatsstreichen erschüttert. Das Land wurde von zwei großen politischen Gruppen regiert: der Volkspartei und dem Nationalen Block, der die Interessen der Bourgeoisie von Aleppo und Damaskus vertrat. Zwischen 1958 und 1961 waren Syrien und Ägypten im Rahmen der Vereinigten Arabischen Republik unter der Führung Nassers vereinigt. Nach einem erneuten Staatsstreich 1963 setzte die Machtergreifung durch die Baath-Partei der politischen Vorherrschaft der städtischen Bourgeoisie, die traditionell in ihrer großen Mehrheit aus der arabischen und sunnitisch-muslimischen Bevölkerung des Landes hervorgegangen war, ein Ende und eröffnete eine neue Ära, in der die Macht in der Hand von Kräften aus den ländlichen und peripheren Gebieten und der religiösen Minderheiten, insbesondere der alawitischen, liegt (Haddad 2011: xiv). Der Staatsstreich von 1963 war in vielerlei Hinsicht eine Antwort auf die soziale Krise, die die ländlichen Volksklassen seit der Unabhängigkeit erschütterten – eine Reaktion der Dörfer auf die Herrschaft der städtischen Honoratioren.

Die Politik des radikalen Flügels der Baath-Partei Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre begünstigte die am stärksten benachteiligten Sektoren auf Kosten der bürgerlichen Kaufmannsklassen, der industriellen Klassen und der Großgrundbesitzer. Die Agrarreform, Verstaatlichungen und die Schaffung eines großen öffentlichen Sektors be-

endeten die «starrsten» Klassenungleichheiten, die ihre Wurzel in einer monopolistischen Kontrolle der Produktionsmittel hatten, durch einen breiteren Zugang zu wirtschaftlichen Möglichkeiten und Eigentum (Hinnebusch 1990: 144). Von der Agrarreform und dem Ausbau des öffentlichen Sektors, der Armee und der Bürokratie profitierten Teile des landwirtschaftlichen Proletariats und der kleinen Bauernschaft.

Die ländliche Mittelschicht wurde dadurch ökonomisch und sozial gestärkt, und die Neuverteilung des Bodens setzte der Herrschaft der Großgrundbesitzer ein Ende. Diese mittlere Bauernschaft, die manchmal sogar reich war, konnte Vorteile aus den Subventionen der Regierung ziehen und größtenteils den Produktionskontrollen entgehen (Richards und Waterbury 2014: 177).

### **Die Baath-Partei vor der Machtübernahme durch Hafez al-Assad 1970**

Seit der Unabhängigkeit des Landes rekrutierte die Baath-Partei ihre Mitglieder vor allem aus ländlichen Gebieten, in denen sich die religiösen Minderheiten aus historischen Gründen konzentrierten. Es ist daher logisch, dass Mitglieder dieser Gemeinschaften in der Partei dominierten. Die Ideologie der Partei übte auf die Mitglieder der religiösen Minderheiten auch eine starke Anziehung aus, weil sie erwarteten, dass der behauptete «Sozialismus», arabische Nationalismus und Säkularismus ihnen helfen würde, ihren minoritären, untergeordneten Status und den engen sozialen Rahmen ihrer Abhängigkeit von tribalen und regionalen Bindungen zu überwinden (Van Dam 1996: 33).

1963 stammten die Mitglieder der Baath-Partei also aus unteren Schichten und profitierten von der sozialen Mobilität, die der neue, aus der Unabhängigkeit von 1946 hervorgegangene Staat ermöglichte – insbesondere durch die Institution des Militärs. Der Staat wurde aber auch von einem großen Teil der städtischen Intelligenz – hauptsächlich Lehrern und Beamten – unterstützt (Perthes 1995). Die neue, im Vergleich zu ihren ursprünglichen Gründern stark radikalisierte Führung der Baath-Partei pflegte damals eine Rhetorik, die jener der radikalen Linken sehr nah war, und setzte eine Reihe von Entscheidungen und Maßnahmen durch, die die Rückkehr der großen städtischen Handels- und Industriebourgeoisie und der Großgrundbesitzer an die Macht verhindern sollten: die Verstaatlichung eines großen Teils der privaten Vermögen (1964–1965), die ihrerseits die Politik der Agrarreform, die zur Zeit der Vereinigten Arabischen Republik (1958–1961) in die Wege geleitet worden war, vervollständigte (Haddad 2009: 35).

Die große städtische Handels- und Industriebourgeoisie und die größten Grundbesitzer hatten die Speerspitze des Staatsstreichs von 1961 gebildet, er beendete die Erfahrung der Vereinigten Arabischen Republik, die mit ihrer Politik der Umverteilung des Reichtums und mit der Agrarreform die politische und ökonomische Macht dieser Klassen bedroht hatte.

Die Politik des arabischen Nationalismus und der damaligen Baath-Partei war staatskapitalistisch: Auf der einen Seite fuhr sie eine feindliche Strategie gegenüber dem privaten nationalen Sektor und gegenüber dem ausländischen Kapital, auf der anderen Seite bezweckte sie eine umfangreiche Umverteilung des Reichtums.

Die Machtübernahme durch Hafez al-Assad beendete die radikale Sozialpolitik der 60er Jahre und begab sich auf den Weg der Versöhnung mit den bürgerlichen Klassen.

Dies hing auch mit dem Popularitätsverlust des arabischen Nationalismus nach der Niederlage vom Juni 1967 und dem Tod Nassers 1970 zusammen.

## **Hafez al-Assad und die Errichtung eines diktatorischen und bürgerlichen Regimes**

Die Machtübernahme durch Hafez al-Assad im Jahr 1970 war für das Land eine neue Wende, die die kommenden Jahrzehnte entscheidend prägen sollte. Der neue starke Mann Syriens kam aus dem sog. «pragmatischen» Teil der Baath-Partei, der ein Gegner der radikalen Sozialpolitik und der Politik der Konfrontation gegenüber konservativen Ländern der Region wie den Golfmonarchien war. Das neue Regime wurde von der Großbourgeoisie in Aleppo und Damaskus mit großer Freude begrüßt. Sie hatte zwischen 1963 und 1970 aktiv gegen den linken Flügel der Baath-Partei gearbeitet und demonstrierte nun in den Straßen der großen Städte mit Transparenten, auf denen zu lesen war: «Wir haben die Hilfe Gottes erfleht – Al Madad. Er sandte uns Hafez al-Assad.» (Batatu 1998: 175.)

Die Regierung schuf über verschiedene – insbesondere ökonomische – Verbindungen ein Netzwerk von Seilschaften mit Vertretern der unterschiedlichen religiösen, ethnischen und Stammesgemeinschaften. Al-Assad rief die «korrigierende Bewegung» ins Leben und beendete die radikale Politik der 60er Jahre, die den Besitz und die politische Macht der Großbourgeoisie in Frage gestellt hatte. Er wollte sein Regime und die Kapitalakkumulation sichern, indem er die mächtigsten Sektoren der Wirtschaft beruhigte, deren Einfluss in der Regierung immer größer wurde. Er verband sich aber auch zunehmend mit den rasch aufsteigenden neuen bürgerlichen Schichten, die aus dem Staatsapparat selbst hervorgingen.

Das Regime von Hafez al-Assad war ein autoritäres Regime, das jede legale Existenz von politischen und gesellschaftlichen Organisationen verbot, die seine Alleinherrschaft nicht akzeptierten oder sich gegen seine Klientelpolitik stellten – jene massive, im wesentlichen der Loyalitätssicherung dienende Korruption der herrschenden Klasse.

Das neue Regime baute auch eine Armee auf, die völlig der persönlichen Macht des Diktators und seiner Leibgarde unterworfen war. Der Krieg von 1973 – vom syrischen Regime als Sieg dargestellt – sollte Assads Kontrolle über die Armee stärken. Von diesem Zeitpunkt an ist von syrischem Territorium aus übrigens kein Schuss mehr gegen den Staat Israel abgefeuert worden – die Golanhöhen sind bis heute besetzt. Die Struktur des Oberkommandos und der Eliteeinheiten basiert auf Klientelismus und Konfessionalismus. Die höheren Offiziere werden aus den mit der Assad-Familie verbunden alawitischen Stämmen rekrutiert, um ihre bedingungslose Loyalität mit der Spitze des Staates zu garantieren.

Dank dieser engen Verzahnung öffentlicher und privater Interessen ist der Staat zu einer Maschine zur Akkumulation beträchtlicher Ressourcen geworden, ein wahrer Segen für die Nomenklatura, insbesondere für die Kreise, die dem obersten Führer, seiner Familie und seinen treuesten Stellvertretern nahe stehen. Die informellen Netzwerke und die Vetternwirtschaft, die die unterschiedlichen Sektoren des Staates mit der Wirtschaft miteinander verbinden, haben sich vervielfacht und eine «neue Klasse» von bürgerlichen

Rentiers hervorgebracht – die Folge war eine fehlgeleitete Ressourcenallokation und die Vermehrung nichtproduktiver Aktivitäten des kommerziellen Sektors. Es gab deshalb große wirtschaftliche Rückschläge und Entwicklungsprobleme, die nur durch die Hilfe der Golfmonarchien (aus ihren Öleinnahmen) überwunden werden konnten. Die syrische Gesellschaft hat sich infolgedessen stark rückläufig entwickelt – und das bis zum Vorabend der Revolution von 2011.

1986 geriet die nationale Währung in die Krise und das Regime verabschiedete die ersten Maßnahmen zur Deregulierung seiner zentralisierten «Kommandowirtschaft». Die informellen ökonomischen Patronagenetzwerke konsolidierten sich. Ab 1991 gelang es ihnen, weithin jene ökonomischen Bereiche zu beherrschen, die fälschlicherweise als Teil des «privaten Sektors» bezeichnet werden und die unter dem Dach der «Reformen für einen wirtschaftlichen Pluralismus» (al ta'addudiyya al iqtisadiyya) entwickelt worden waren (Haddad 2011: 7).

Diese «neue Klasse», die organisch mit dem Staat verbunden ist, wollte ihren Reichtum nun in die verschiedenen Sektoren der Ökonomie investieren. Das Dekret Nr.10 (1991) stellte das Sprungbrett dar, von dem aus es ihr gelang, die angehäuften Gelder «weißzuwaschen» (Haddad 2011: XIV). Das Dekret förderte und unterstützte ausländische und einheimische Privatinvestitionen in Bereichen, die bis dahin Monopol des öffentlichen Sektors waren – die pharmazeutische Industrie, die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelproduktion, das Hotelwesen, die Transportwirtschaft. Mit Hilfe von Steuer-senkungen und anderen fiskalischen Maßnahmen sollten zudem neue Möglichkeiten für den Im- und Export eröffnet werden, die natürlich unter der Kontrolle des Staates standen und auf diese Weise immer noch dessen bestplatzierte Mitglieder bereicherten und das System der allgemeinen Korruption vertieften. Der Übergang von einer Kommandowirtschaft zu einem «Kapitalismus unter Freunden» hat sich mit dem zunehmenden Verzicht auf eine zentral gesteuerte Wirtschaftsverwaltung im Laufe der 80er Jahre beschleunigt.

Die 90er Jahre sahen eine «neue Klasse» von Neureichen: eine hybride Bourgeoisie, die aus einer Fusion von Staatsbürokratie und den Überlebenden der alten «privaten» Bourgeoisie hervorging. In einer ersten Phase spielte sie ihre Beziehungen zum Staat aus und benutzte ihn – über den Hebel der Deregulierungspolitik – als Einnahmequelle und Förderer einer neuen Wirtschaftspolitik. Im Gegenzug hat sie das Regime bei der Konsolidierung seiner Macht, vor allem gegenüber Teilen der alten privaten Bourgeoisie, in voll-em Umfang unterstützt.

### **Vorrang und Rolle der Repression**

Die Machtübernahme durch Hafez al-Assad bedeutete für Syrien auch eine neue Ära in bezug auf politische, soziale und ökonomische Unterdrückung. Sie zeigte sich vor allem in einer Politik der subtilen Verstärkung gesellschaftlicher Spaltungen zwischen Ethnien, Gemeinschaften und sogar Stämmen, die an gewisse Praktiken der französischen Mandatszeit erinnerte. Dazu gehörte die Aufteilung des Landes in fünf oder sechs regionale Departements auf der Grundlage vor allem kommunitärer Kriterien, mit drusischen und alawitischen Untereinheiten. Unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft – Ge-

werkschaften, Berufsorganisationen (der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Apotheker) und andere – wurden zunächst überwacht, dann unterdrückt und im Jahr 1980 schließlich aufgelöst. Bis dahin waren sie die Avantgarde im Kampf für die Rückkehr zu demokratischen Freiheiten und für die Aufhebung des Ausnahmezustands gewesen. Ab 1980 wurden diese Organisationen durch Strukturen ersetzt, die der direkten Kontrolle des Staates unterstanden (Hinnebush 2001: 83). Das Symbol der blutigsten Unterdrückung bleibt jedoch der Massenmord in Hama 1982, der von den Sicherheitskräften und dem Militär verübt wurde und 10000–40000 Menschen das Leben kostete. Diese Morde markierten in vielerlei Hinsicht das vorläufige Ende des blutigen Konflikts zwischen den Anhängern des Regimes und den Mitgliedern der Muslimbruderschaft, die seit Ende der 70er Jahre zu den Waffen gegriffen hatten.

Die Repression traf auch all die politischen Parteien, die sich weigerten, sich dem Diktat von Hafez al-Assad zu unterwerfen und sich an der Nationalen Progressiven Front (FNP), einer Koalition der regimetreuen Kräfte, zu beteiligen. Zu Beginn der 70er Jahre nahm das Regime mehrere laizistische Parteien, insbesondere auf der Linken, ins Visier, darunter die «Bewegung des 23. Februar» (eine radikale Tendenz in der Baath-Partei, die dem früheren Präsidenten Salah Jadid nahestand), die Liga für Kommunistische Aktion (*Rabita al amal al shuyu'i*), deren Mitglieder teilweise aus der alawitischen Gemeinschaft stammten, und in geringerem Maße die Syrische Kommunistische Partei/Politbüro (PCBP) von Riad al-Turk. Die Nationale Sammlung, die verschiedene linke Parteien umfasste, wurde Anfang der 80er Jahre ebenfalls massiv unterdrückt (Seurat 2012: 21). In diesem Jahrzehnt hatten auch die Muslimbrüder stark unter der Repression zu leiden.

Das Regime übte eine totale Herrschaft über wesentliche Teile der Gesellschaft, etwa die Universität oder die Armee, aus. Es untersagte jede unabhängige politische Aktivität, nur die Baath-Partei durfte – vom Campus bis zu den Kasernen – Versammlungen und öffentliche Demonstrationen organisieren und auch eine Zeitung herausgeben und vertreiben. Selbst die mit ihr in der Nationalen Progressiven Front verbündeten Parteien hatten nicht das Recht, Propaganda zu machen oder in der Öffentlichkeit Präsenz zu zeigen.

Nach der Machtübernahme durch Hafez al-Assad kontrollierte die Baath-Partei eine Vielzahl von korporatistischen Organisationen, sogenannten Volksorganisationen, von Bauern, Jugendlichen, Frauen usw. – wodurch viele Bereiche der Gesellschaft unter die Aufsicht des Staates gerieten.

Die Rolle der Baath-Partei wandelte sich grundlegend: Sie wurde ein Instrument der Kontrolle der Gesellschaft und damit jeder ideologischen Dynamik beraubt. Die Parteiorganisation wurde umgestaltet, interne Wahlen wurden abgeschafft und durch ein System der Ernennung von oben und der Kooptierung ersetzt. Hierüber entschieden die Staatsmacht und die Sicherheitsdienste, während die Elemente, die in Opposition zur Politik des Regimes standen, unterdrückt wurden. Rifaat al-Assad, der Bruder von Hafez, hat seine Konzeption der Partei auf dem 7. Regionalkongress gut in folgendem Modell zusammengefasst: «Der Führer entscheidet, die Partei stimmt zu, und das Volk applaudiert. So funktioniert der Sozialismus in der Sowjetunion. Wer nicht applaudiert, geht nach Sibirien.» (Seurat 2012: 59.) Die Parteieliten der Jahre nach 1970 verwandelten sich in fügsame Bürokraten, während die Mitglieder in den 50er und 60er Jahre oftmals auf-

opferungsvolle Parteimitglieder und begeisterte Aktivisten gewesen waren (Batatu 1998: 245).

Die ursprünglichen Ideale der Einheit, Freiheit und des Sozialismus verschwanden sukzessive aus der Politik des Assad-Regimes, um nur noch als rhetorische Parolen angerufen zu werden. In Verbindung mit der Unterdrückung der laizistischen linken und liberalen Opposition, der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der politischen Parteien wurde zunehmend auch die Waffe des Konfessionalismus, also «primäre», d. h. archaische, insbesondere tribale Identitäten gefördert.

### **Der Übergang der Macht von Hafez Al-Assad an seinen Sohn Bashar**

Nach dreißigjähriger Herrschaft brachte der Tod des Diktators Hafez al-Assad einen Hauch von Hoffnung für große Teile der Gesellschaft, die nun eine politische Öffnung erwarteten – insbesondere für die politische Opposition, die einen demokratischen Übergangsprozess durch Reformen wünschte. Bashar al-Assad, der Sohn von Hafez, wurde im Jahr 2000 Präsident. Es folgten einige Monate mit vielversprechenden öffentlichen Auftritten nach einer Rede des neuen Präsidenten vor dem Parlament, in der er an ein «kreatives Nachdenken» appellierte und den «dringenden Bedarf» an konstruktiver Kritik und an modernisierenden Reformen anerkannte (Damascus online 2000). Gleichzeitig wurde das berüchtigte Mezza-Gefängnis für politische Gefangene in Damaskus – ein Symbol der brutalen politischen Unterdrückung durch die Staatsmacht – geschlossen und eine große Anzahl von politischen Gefangenen freigelassen. Auch Menschenrechtsorganisationen und Diskussionsforen begannen sich zu Beginn der neuen Herrschaft zu vermehren.

Die syrische Zivilgesellschaft und die politischen Organisationen machten ab Anfang 2001 mobil, um Reformen und eine Demokratisierung des Staates zu fordern. Sie traten mit der «Erklärung der 99» oder mit der «Erklärung der 1000» (des «Komitees zur Wiederbelebung der Zivilgesellschaft») an die Öffentlichkeit und scharten Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler und sogar Vertreter bestimmter politischer Parteien hinter sich. Zur gleichen Zeit kündigte Riad Seif, ein Parlamentarier und Kritiker des Regimes, die Bildung der «Sozialen Bewegung für den Frieden» an. Das Regime reagierte schnell mit einem brutalen Gegenangriff – in der Presse, aber auch physisch durch die Verhaftung von Aktivisten. Am Ende des Sommers 2001 waren acht der bedeutendsten Führungspersonlichkeiten der Zivilgesellschaft inhaftiert, und mit einer einzigen Ausnahme waren alle Diskussionsforen geschlossen (Landis und Pace 2009: 121).

Von 2004 bis 2006 kam es zu einer Welle von Sit-ins. Die Initiatoren waren politische Aktivisten und zivilgesellschaftliche Organisationen. Dabei ging es um verschiedene demokratische Rechte wie etwa die freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit. Das war ein neues Phänomen in Syrien. Im Jahr 2004 erhoben sich die Kurden, die Bewegung begann in der Stadt Qamischli und griff auf überwiegend von Kurden bewohnte Gebiete des ganzen Landes über – etwa Jazira oder Afrin –, machte aber auch vor Aleppo und Damaskus nicht Halt und wurde von den Sicherheitskräften massiv unterdrückt, wobei das Regime auch auf die Kollaboration arabischer Stämme im Nordosten

zurückgriff. Über 2000 Aktivisten wurden verhaftet, während andere sich gezwungen sahen, das Land zu verlassen (Lowe 2006).

Am Vorabend des syrischen Aufstands vom März 2011 waren selbst elementarste demokratische Rechte immer noch nicht gegeben, die angekündigten Reformen aber ließen weiter auf sich warten.

### **Die beschleunigte Einführung einer neoliberalen Politik und die Zunahme gesellschaftlicher Ungleichheit**

Seit dem Machtantritt Bashar al-Assads hat das syrische Regime zunehmend auf eine zügig einzuführende neoliberale Wirtschaftspolitik gesetzt. Diese kam besonders einer gewissen Kleinoligarchie zugute, die bereits in der Ära des Vaters Assad förmlich zu wuchern begonnen hatte, wobei sie sich Netzwerke wirtschaftlicher Patronage zunutze zu machen wusste. Doch auch eine dem Regime gegenüber loyale Klientel profitierte davon. Der Cousin von Bashar al-Assad, Rami Makhlouf, verkörperte geradezu perfekt das mafïöse System der vom Regime zugunsten der Seinen vorgenommenen Privatisierungen. Er schuf neue Monopole im Besitz der Familie von Bashar al-Assad, während die Qualität der Güter und Dienstleistungen – insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung, wo private Institutionen in großer Zahl entstanden – einen Niedergang erlebte.

Seit 2004 entwickelte sich auch der Finanzsektor, es entstanden erste Privatbanken mit syrischem Kapital und dem der Erdölmonarchien am Golf, sowie Versicherungsgesellschaften, die Börse von Damaskus und Wechselstuben. Seit dem Machtantritt Bashar al-Assads ist jedoch der Kreis derer, die vom «Beutegut» des Regimes profitierten, enger geworden, unter seinem Vater war es breiter verteilt worden. Damals konnten verschiedene Gruppen mit dem Staat Geschäfte machen und sich seiner Gunst erfreuen.

Herr Makhlouf z. B., Sohn eines früheren Kommandanten der Syrischen Republikanischen Garde und Cousin ersten Grades des neuen Diktators, kontrollierte dank eines komplexen Netzes von Holdings am Vorabend des Aufstands von 2001 annähernd 60% der Wirtschaft des Landes (Barout 2012). Sein Wirtschaftsimperium reicht von der Telekommunikation über Öl und Benzin bis zur Baubranche, den Banken, Fluggesellschaften und dem Einzelhandel. Ihm gehören neben der einzigen Duty-Free-Kette sogar mehrere Privatschulen, an denen die Kinder der führenden Familien und der syrischen Bourgeoisie unterrichtet werden. Das persönliche Vermögen von Rami Makhlouf wird auf annähernd 6 Mrd. Dollar geschätzt (Leverrier 2011). Übrigens hatte ihn die britische Zeitschrift *World Finance* zu Beginn des Jahres 2011 stolz als Visionär gepriesen, der die syrische Wirtschaft enorm gefördert habe und es daher verdiene, als Symbol des positiven Wandels bezeichnet zu werden, der sich im Land vollziehe. Chile ist ein gutes Beispiel für diese Art der Verbindung zwischen neoliberaler Politik und politischer Diktatur in Ländern der «Peripherie».

Die neoliberale Politik des Regimes hat verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren genutzt: den oberen Schichten der neuen Bourgeoisie, die sich während der vorausgegangenen Jahrzehnte gebildet hatten; den alten bürgerlichen Eliten der Privatwirtschaft, die erneut begonnen hatten, im Land zu investieren; und ausländischen Investoren, insbesondere aus der Golfregion. Sie alle profitierten von der Öffnung der syrischen Wirt-



schaft, auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit, die unterdessen unter einer fortdauernden Inflation schwer zu leiden hatte. Auf diese Weise wurde der öffentliche Sektor in den letzten zehn Jahren ausgehöhlt, nunmehr dominiert der private Sektor die Wirtschaft mit inzwischen einem Anteil von fast 70% (Haddad 2011: 20).

Die neoliberale Wende kam aber auch anderen Sektoren zugute: den führenden Kräften innerhalb der Geheimdienste und der Armee sowie der Staatsbürokratie; den an der kapitalistischen Vetternwirtschaft Beteiligten, die von verschiedenen Sektoren des öffentlichen Dienstes protegert werden und sich im Rahmen des privatwirtschaftlichen Sektors entwickelt und zunehmend bereichert haben – insbesondere in den 1990er Jahren im Zusammenhang mit dem 1991 erlassenen Investitionsgesetz Nr. 10; und auch der Bourgeoisie von Aleppo und Damaskus, die vor allem von der 2005 eingeführten «Sozialen Marktwirtschaft» profitierte.

Das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts und das Realeinkommen je Einwohner sind seit Beginn der 90er Jahre zurückgegangen. Der wirtschaftliche Liberalisierungsprozess hat zu einer ständig zunehmenden Ungleichheit im Lande geführt. Die Ärmsten schaffen es kaum, ihre Lage in dieser neuen Wirtschaftsordnung zu verbessern, da mit ihr auch ein zunehmender Mangel an Arbeitsplätzen einhergeht. Das trifft besonders junge Leute mit Hochschulabschluss und die Bewohner der abgelegeneren Regionen sowie die «Mittelschicht» – dort vor allem die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Menschen mit abgeschlossener Ausbildung. Sie verarmen rasch, weil ihre Einkünfte nicht ausreichen, um die Inflation auszugleichen, die 2008 offiziell 17% betrug (IRIN 2008).

Am Vorabend des Aufstands vom März 2011 war der Arbeitslosenanteil offiziellen Angaben zufolge auf 14,9% gestiegen – nach anderen Quellen auf 20–25%; bei den 20- bis 24jährigen und den 15- bis 19jährigen belief er sich sogar auf 33,7% bzw. 39,3% (Central Bureau of Statistics 2013). Im Jahr 2007 betrug der Anteil der Syrer, die unter der Armutsgrenze lebten, 33% oder ungefähr 7 Millionen Menschen, während 30% knapp über dieser Marke lagen (United Nations Development Group 2010). Der Anteil der Armen ist in ländlichen Gebieten höher (62%) als in den Städten (38%). Die Armut ist im Nordwesten und im Nordosten (in den Provinzen Idlib, Aleppo, Raqqa, Deir ez-Zor und Hassakeh) weiter verbreitet und stärker ausgeprägt (58%). Dort leben 54% der gesamten Bevölkerung (FIDA 2009).

Darüber hinaus reformierte das Regime sein Subventionssystem und belastete dabei die Ärmsten noch schwerer, während die Privatisierungen weiter zunahmen. Gleichzeitig verschlechterte und verringerte sich das Angebot der öffentlichen Gesundheitsversorgung und zwang die Bevölkerung, auch für die Grundversorgung auf kostspieligere private Angebote zurückzugreifen. In seinem Untersuchungsbericht von 2010 begrüßte der IWF die Maßnahmen des syrischen Regimes: «Der einheitliche Wechselkurs und die Restriktionen beim Zugang zu Devisen bei laufenden Geschäften scheinen grundsätzlich abgeschafft worden zu sein. Die Privatbanken sorgen für das Wachstum des Privatsektors, und kürzlich hat die Börse von Damaskus nach vierzig Jahren wieder eröffnet. Das Steuersystem ist vereinfacht und der Handel weitgehend liberalisiert worden.» (IMF 2010.)

Der Entwicklungsplan des syrischen Regimes von 2006 bis 2010 sah ausdrücklich «die weitere Deregulierung des Marktes und die vertiefte Einbettung in den Weltmarkt (vor),

um private Investoren anzuziehen, ebenso tiefgreifende strukturelle Reformen, um eine gute wirtschaftliche Governance und ein ausgeglichenes Wachstum sicherzustellen» (Shakour 2009).

Das syrische Wirtschaftswachstum, das in den Jahren vor dem Aufstand bei durchschnittlich 5% lag, ist bei der breiten Bevölkerung nicht angekommen; tatsächlich sind die Ungleichheiten im Wohlstand unaufhörlich größer geworden. So ist der Gini-Koeffizient zwischen 1997 und 2004 von 0,33 auf 0,37 gestiegen. In den Jahren 2003/2004 entfielen auf die ärmsten 20% der Bevölkerung nur 7% der gesamten Ausgaben, während die Reichsten 45% für sich beanspruchen konnten (UNDP 2005). Diese Tendenz hat sich bis zum Ausbruch der Revolution verstärkt.

Auch die Privatisierung von Ackerland infolge der Dürre 2008 und auf Kosten von mehreren hunderttausend Bauern im Nordosten war nicht einfach die Folge einer Naturkatastrophe. Die Flächen wurden vergrößert und die Ausbeutung der Böden durch große Unternehmen des Agrobusiness und den Bau selektiver Wasserleitungen intensiviert. Das war ganz im Sinne der neuen Großeingetümer und beförderte die Korruption der örtlichen Verwaltung, die mit der Krise der Landwirtschaft einhergeht. Im Jahr 2008 bearbeiteten 28% der Landwirte 75% der bewässerten Böden, während 49% nur über 10% des nutzbaren Landes verfügten (FIDA 2009).

In gleicher Weise hat das Regime der Gewerkschaftsbürokratie seine Vorherrschaft aufgezwungen, was insbesondere seit dem Jahr 2000 den Kampf gegen die neoliberale und autoritäre Politik stark gehemmt hat. Im Mai 2006 protestierten hunderte Arbeiter des staatlichen Bauunternehmens in Damaskus, bei denen es zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften kam. Damals streikten auch die Taxifahrer von Aleppo, um gegen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu protestieren.

Die neoliberalen Reformen des Regimes haben eine Politik gefördert, die im wesentlichen darauf hinauslief, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Diese stiegen denn auch von 120 Millionen US-Dollar im Jahr 2002 auf 3,5 Mrd. Dollar im Jahr 2010 (Yazigi 2010). Sie flossen vorwiegend in den Export, den Dienstleistungsbereich und vor allem in den Tourismus. Dieser ist zu einem blühenden Sektor geworden: Er steht aktuell für 12% des Bruttosozialprodukts, bringt rund 6,5 Mrd. Dollar ein und beschäftigt 11% der arbeitsfähigen Bevölkerung (FIDA 2009). Dieser Wirtschaftszweig liegt allerdings durch die Ereignisse, die im März 2011 begannen, inzwischen völlig am Boden.

Das Fehlen demokratischer Rechte und die zunehmende Verarmung breiter Teile der syrischen Gesellschaft in einem Klima von Korruption und wachsender sozialer Ungleichheit bilden die Grundlage für die Erhebung vom März 2011, die für ihren Ausbruch nur noch eines Funkens bedurfte. Der Diktator Bashar al-Assad verkündete Ende Januar 2011 in einem Interview mit dem *Wall Street Journal*: «Trotz der Bedingungen, die in Syrien schwieriger sind als in den meisten arabischen Ländern, ist dieses Land stabil. Warum? Weil man sehr eng mit dem Volk und seinen tiefsten Überzeugungen verbunden sein muss.» (WSJ 2011.) Da irrte der syrische Führer, wie er allmählich selbst feststellen musste.

## Ist das Assad-Regime ein laizistischer Staat?

Parallel zur Umsetzung seiner neoliberalen Politik hat das Regime die Kooperation mit religiösen Vereinigungen und den konservativen Kräften der Gesellschaft verstärkt. Vor allem aus dem Gesundheitsbereich hat sich das Regime weitgehend zurückgezogen und karitativen, insbesondere religiösen, Einrichtungen das Feld überlassen. Im Jahr 2004 wandten etwa 300 solcher Vereinigungen insgesamt 842 Millionen syrische Pfund für die Unterstützung von mehr als 72000 Familien auf. Islamische wie christliche Verbände konnten ihren Einfluss und somit auch ihr Verteilungsnetz durch die neoliberale Politik und den damit einhergehenden Rückgang der Rolle des Staates stärken.

Annähernd 10000 Moscheen und hunderte religiöser Schulen wurden in der Regierungszeit von Bashar al-Assad gebaut, über 200 von religiösen Funktionsträgern organisierte Konferenzen fanden allein im Jahr 2007 in den Kulturzentren der bedeutenden Städte statt. Zugleich stellte das Regime die Führungspersonlichkeiten des Klerus aller Religionsgemeinschaften als Akteure der «syrischen Zivilgesellschaft» dar – damit sollte offiziellen Besucherdelegationen aus dem Ausland das Bild eines modernen und von einem allgemeinen Konsens getragenen Landes präsentiert werden.

Bashar al-Assad hat sich keineswegs geniert, den berühmten islamistischen Prediger Yusuf al-Qaradawi zu empfangen, der heute die Revolution gegen das Regime unterstützt und 2009 an der Spitze der weltweiten Vereinigung der Ulemas in Damaskus weilte. Er führte auch die «Entspannungspolitik» gegenüber den Islamisten fort, die zu Beginn der 90er Jahre mit der Entlassung tausender politischer Gefangener (1992) eingeläutet worden war. Gegenüber islamistischen Publikationen und gewissen Bewegungen, soweit sie sich aus der Politik heraushielten, trat das Regime sehr tolerant auf. So durfte beispielsweise im Jahr 2001 Scheich Abu al-Fath al-Bayanuni, der Bruder des ehemaligen Führers der Muslimbrüder, nach dreißig Jahren im Exil zurückkehren, und sein Sohn, ein reicher Geschäftsmann, war 2010 an der Errichtung des ersten großen Einkaufszentrums beteiligt, in dem Geschlechtertrennung galt.

Diese Maßnahmen gingen Hand in Hand mit der Zensur literarischer und künstlerischer Werke bei gleichzeitiger Förderung religiöser Literatur, die alsbald die Regale in den Bibliotheken füllte und für eine Islamisierung im Bildungsbereich sorgte. Das trifft besonders auf die Sozial- und Geisteswissenschaften zu. Im Jahr 2007 entzog die Regierung zwei feministischen Organisationen die Genehmigung für ihre Betätigung (eine soziale Initiative und eine Organisation, die mit der dem Regime nahestehenden Kommunistischen Partei verbunden ist).

## Die Akteure der Volksbewegung

Wir müssen jetzt unsere Gründe dafür darlegen, warum wir die Mobilisierung des syrischen Volkes und wesentliche Formen seines öffentlichen Auftretens als «Volksbewegung» charakterisieren. Tatsächlich kommen die Akteure dieser Bewegung aus mehreren unterschiedlichen Bereichen.

*Zuallererst* finden sich in der Bewegung Aktivisten der Kämpfe gegen das Regime vor der Erhebung von 2011, insbesondere aus dem «Damaszener Frühling» (2001); sie kom-

men aus den Mittelschichten und sind oft junge Leute mit Hochschulabschluss, die in sozialen Netzwerken agieren. Ihre Tätigkeit zielt vor allem auf die Respektierung der demokratischen Rechte in Syrien; einige von ihnen waren schon im Kampf gegen den Irakkrieg und für die palästinensische Sache engagiert. In ihrer großen Mehrzahl sind sie demokratisch und laizistisch eingestellt und in allen Bevölkerungsgruppen zu finden, auch bei den alawitischen, christlichen und drusischen usw. Minderheiten.

Daneben finden sich verschiedene Gruppen von Aktiven aus verschiedenen Regionen des Landes, wie die Jugendlichen aus Daraya, einem Vorort von Damaskus, die seit fast zehn Jahren in sozialen Netzwerken agieren. Sie hatten eine Kampagne gegen die Korruption lanciert und im April 2003, nach dem Fall von Bagdad, eine Demonstration organisiert, in deren Verlauf sie unter dem Vorwand, «eine nicht registrierte politische Gruppe zu bilden und den Konfessionalismus zu verbreiten», verhaftet worden waren. Die Jugendlichen von Daraya glaubten an ihr gesellschaftliches Engagement und ließen sich von historischen Beispielen gewaltfreier Bewegungen inspirieren. Sie errichteten eine Wanderbibliothek und verteilten Bücher an die Bevölkerung ihrer Stadtteile. Sie haben Straßen gereinigt und Filme über Gandhi in einer Moschee gezeigt.

Alle diese Aktiven waren von Anfang an bei der Erhebung im März 2011 dabei. Sie spielen bis heute in den Lokalen Komitees und für die Organisation gewaltfreier Aktionen gegen das Regime eine wichtige Rolle. Die «Generalkommission der Syrischen Revolution», ein Zusammenschluss örtlicher Komitees, der die Beteiligung am Syrischen Nationalrat ablehnt, wird u. a. von Suhair Atassi geführt, die seit langem eine Oppositionelle ist und aus einer politisch angesehenen Familie kommt. Sie spricht auch für das Atassi-Forum, das vom Regime in den 2000er Jahren verboten wurde. Sie selbst wurde nach der Demonstration am 16. März 2011 für zehn Tage unter dem Vorwand inhaftiert, eine der Organisatorinnen der Demonstration zu sein. Nach einigen Monaten im Untergrund lebt sie heute im Exil. Die «Koordination der Lokalen Komitees», eine weitere wichtige Organisation, die im Syrischen Nationalrat vertreten ist, wird von der Rechtsanwältin Razan Zeitouneh geführt.

Das Regime geht vor allem gegen diese Sorte von Aktivisten vor, die Demonstrationen, Akte zivilen Ungehorsams und Kampagnen für Streiks initiieren – wegen ihrer organisatorischen Fähigkeiten und wegen ihrer demokratischen und säkularen Positionen, die die Propaganda des Regimes widerlegen, die ganze Bewegung sei ein Komplott bewaffneter islamistischer und extremistischer Gruppen. Ein Teil von ihnen wurde inhaftiert, umgebracht oder ins Exil getrieben, trotz der grausamen Repression sind sie dennoch weiter präsent. Sie spielen im laufenden revolutionären Prozess eine wichtige Rolle, da sie versuchen, die verschiedenen Widerstandsformen gegen das Regime in der Bevölkerung miteinander in Verbindung zu bringen.

Die *zweite* und wahrscheinlich wichtigste Komponente der syrischen revolutionären Bewegung sind die Landarbeiter, aber auch die ökonomisch marginalisierten städtischen Lohnabhängigen und kleinen Selbständigen, die unmittelbar und in hohem Maß Opfer der neoliberalen Politik seit dem Machtantritt von Bashar al-Assad wurden. Die Geografie der Revolten in Idlib und Daraa, wie auch in anderen ländlichen Gebieten – alles historische Bastionen der Baath-Partei und Gegenden, deren Bevölkerung, im Gegensatz zu heute, am Aufstand Anfang der 80er Jahre nicht in nennenswertem Ausmaß teilgenommen

men hatte – aber auch die der Vororte von Damaskus und Aleppo, zeigt, in welchem Maß die Träger der Revolution Opfer des Neoliberalismus sind. Aus dieser Komponente der aktuellen Proteste kommt ein Teil derer, die sich den bewaffneten Gruppen der Freien Syrischen Armee (FSA) angeschlossen haben – zuerst um die gewaltfreien Demonstrationen zu verteidigen, später mit offensiveren Vorstellungen.

Es sind aber auch Protestgruppen aufgetaucht, die sich um oppositionelle Scheichs in bestimmten Vierteln gruppieren. Viele von ihnen wurden deshalb verhaftet, andere konnten aus dem Land fliehen. Und schließlich nehmen auch «traditionellere» Gruppen an der Volksbewegung teil, darunter bestimmte kurdische Parteien, linke Gruppen, Nationalisten, Liberale und Islamisten.

### **Die Zusammensetzung der politischen Opposition**

Die beiden bekanntesten und auf der politischen Ebene wichtigsten Formationen der Opposition sind der Syrische Nationalrat (SNC) und das Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel (NCC). Der SNC besteht aus oppositionellen Gruppen im Exil; er wird dominiert von der Bewegung der Moslembrüder und von liberalen Persönlichkeiten; er ist sehr stark mit den westlichen Regierungen und mit den Golfmonarchien verbunden, vor allem mit dem Emirat von Qatar. Das Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel umfasst Nationalisten, linke Elemente und kurdische Organisationen; es hat mehr diplomatische Verbindungen mit Regierungen, die dem syrischen Regime nahe stehen, wie Iran, Russland und China. Im übrigen gibt es im Land selbst viele andere politische Gruppierungen, die noch nicht in den beiden genannten großen Zusammenschlüssen der Opposition repräsentiert sind. Der Versuch, die Opposition zu vereinigen, ist Ende Dezember 2011 gescheitert, nachdem der SNC sich von einem wenige Tage vorher unterschriebenen Abkommen mit dem Nationalen Koordinationskomitee distanziert hatte. Das Abkommen beinhaltete ein gemeinsames politisches Programm, das sich gegen eine Intervention des Westens in Syrien aussprach. Es ist genau dieser Punkt der Ablehnung einer Intervention von außen, der die mit den westlichen Mächten verbundenen Kräfte im SNC, wie die Liberalen und die Muslimbrüder, bewogen hat, auf die gemeinsame Front zu verzichten.

Die beiden genannten politischen Koalitionen werden von einem Teil der öffentlichen Meinung im Land selbst wie außerhalb mehr und mehr kritisiert, weil sie nicht aufhören, sich gegenseitig anzugreifen und sich mehr daran interessiert zeigen, Macht für sich selber zu sichern, als konkret die Volksbewegung zu unterstützen. Beide Bündnisse sind auch aus anderen Gründen problematisch. Der SNC ist ein Block, der vor allem Oppositionelle im Exil umfasst. Er wird von politischen Parteien und Persönlichkeiten dominiert, die in verschiedenen Abstufungen mit den westlichen Ländern und den Golfstaaten verbunden sind, insbesondere von den Muslimbrüdern und von Liberalen, wie auch von der Partei des Volkes, die zuvor unter dem Namen «Syrische Kommunistische Partei/Politbüro» von Riad al-Turk (PCBP) bekannt war. Sie haben mehrfach zu einer ausländischen Militärintervention in Syrien aufgerufen, aber ohne Erfolg.

Im Nationalen Koordinationskomitee sind linksnationalistische und kurdische Kräfte zusammengeschlossen, die innerhalb Syriens aktiv sind. Sie lehnen jedwede ausländische

Militärintervention ab, weil das die Ergebnisse der Erhebung verfälschen könnte, die diese Kräfte als Revolution verstehen. Sie wollen nicht, dass Syrien «Opfer eines Stellvertreterkriegs wird» und beziehen sich dabei auf die Rivalität zwischen den arabischen Staaten und dem Iran in dieser Weltregion. Doch die Popularität des NCC hat abgenommen, weil es bis vor kurzem nicht den Sturz des Regimes forderte, trotz dessen brutaler Unterdrückungspolitik, und weil es den Dialog mit den angeblich «gemäßigten» Teilen des Regimes, «an deren Händen kein Blut klebt», nicht verweigerte, vor allem nicht mit Faruk al Shareh, dem Vizepräsidenten und Angehörigen der Baath-Partei. Das NCC plädiert für einen graduellen und kontrollierten Übergang zu neuen Machtverhältnissen.

Festzuhalten ist auch der Zusammenschluss einer gewissen Anzahl kurdischer Parteien zum Kurdischen Nationalrat, der stark von der irakisch-kurdischen Führungspersönlichkeit Massud Barzani beeinflusst wird. Ein anderer wichtiger Akteur der kurdischen Szene ist die Partei der Demokratischen Union (unter dem Namen PYD bekannt), die den syrischen Zweig der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) darstellt.

## Die Linke und die syrische Revolution

Es gibt viele kleine linke Gruppen und Jugendliche, die sich am revolutionären Prozess beteiligen – in Volkskomitees vor Ort, bei der Organisation von Demonstrationen und von Dienstleistungen für die Bevölkerung. Die Linke hat sich vor allem in der zivilgesellschaftlichen Arbeit engagiert, im Gegensatz zur bewaffneten Arbeit.

Die Watan-Koalition, die im Februar 2012 aus 17 linken Organisationen hervorging, wurde von der Repression gegen ihre Mitglieder allmählich zerrieben. In ihrer Charta hieß es: «Das unumgängliche Ziel unserer Revolution ist der Sturz des Regimes und der Aufbau eines zivilen demokratischen Staats – eines Rechtsstaats der Gerechtigkeit und der Staatsbürgerschaft für alle. Ein Staat für alle Bürger, unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit, von ihrem Geschlecht und von ihrer Religion oder Konfession.» (Coalition Watan 2012.) Seither hat es andere Anläufe linker Organisationen gegeben, die bislang noch im Stadium vorbereitender Gespräche sind.

Verschiedene Kräfte der Linken waren von Beginn an am syrischen revolutionären Prozess beteiligt. Die Partei des Volkes wird von Riad al-Turk und George Sabra angeführt, die im SNC vertreten sind. Die vom syrisch-palästinensischen Intellektuellen Salameh Kaileh angeführte «Allianz der Linken», das «Kommunistische Komitee Syriens» und einige andere Parteien gehören dem Nationalen Komitee für demokratischen Wandel an.

Trotz unserer bescheidenen Mittel haben wir vom *Courant de la Gauche Révolutionnaire en Syrie* (CGRS – Strömung der Revolutionären Linken in Syrien) niemals innegehalten in unserem Engagement für die Revolution. Wir haben auf der Seite der Bevölkerung und aller demokratischen Kräfte für den Sieg dieser großen Volksrevolution gekämpft, wir setzen uns für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei ein und rufen zur Demokratie und zum Sozialismus auf. Nach unserer Einschätzung befördert die Dynamik der Revolution den Aufbau einer Demokratie von unten (vgl. das Programm der Strömung der revolutionären Linken in Syrien, *Revolutionary Left Current* 2011).

## Die internationalen imperialistischen Zielsetzungen

Seit Anfang der Erhebung haben die USA und die EU versucht, auf das syrische Regime Druck auszuüben, damit es Reformen zugunsten eines friedlichen Übergangs zu neuen Machtverhältnissen einleitet, die dem Land und den benachbarten Staaten eine gewisse Stabilität garantieren. Alle Initiativen der «Weltgemeinschaft» und der UNO setzen auf einen friedlichen Übergang der Machtverhältnisse; dies zeigt auch der letzte Friedensplan des Sonderbeauftragten der UNO, Lakhdar Brahimi, von Ende Dezember 2012. Dieser Plan, der von der gesamten «Weltgemeinschaft» einschließlich Russlands und der USA unterstützt wurde, schlägt die Bildung einer nationalen Übergangsregierung vor, die unter dem Schirm der UNO die Exekutivgewalt bis zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2014 ausüben soll. In dieser Zeit soll Bashar al-Assad als Präsident an der Spitze des Staats bleiben.

Die internationalen Kräfte scheinen in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite wollen die Westmächte für die syrische Krise eine «jemenitische Lösung» durchsetzen – einen «demokratischen» Übergang, der die Eliten und Machtstrukturen unangetastet lässt, worin sie vom Iran und von Russland, diesen treuen Freunden des Assad-Regimes, unterstützt werden. Auf der anderen Seite stehen Kräfte mit Saudi-Arabien und Qatar an der Spitze, die die Erhebung in einen sektiererischen Krieg verwandeln wollen, aus Furcht, dass die Aufrufe zur Revolution auch ihre Länder erreichen und ihre Macht und ihre Interessen gefährden.

Diese Regimes sind das Zentrum der Konterrevolution in der gesamten Region, also wenden sie sich gegen die Massenbewegungen und unterstützen in den Ländern, in denen es Veränderungen an der Spitze der Macht gab, bestimmte Parteien: Sie versuchen eine radikale Änderung der politischen und ökonomischen Bedingungen zu verhindern. In Syrien unterstützen sie islamistische Gruppen wie die Organisation der Jabhat al-Nusra. Diese haben eine konfessionalistische Ideologie und entwickeln eine aggressive Rhetorik gegen die sunnitischen Muslime, die mit ihrer konservativen Interpretation des Islam nicht einverstanden sind, und auch gegen Minderheiten, vor allem gegen den alawitischen Bevölkerungsteil, den sie als häretisch brandmarken. Ihr Diskurs steht im Gegensatz zum Geist der Revolution, der die Einheit des syrischen Volks gegen jede konfessionelle Spaltung hochhält und für Freiheit und Würde kämpft.

Aus diesem Grund versuchen diese Regime auch, die Rolle der Volkskomitees zurückzudrängen, manchmal mit Gewalt. Die USA wenden sich nicht gegen diese Orientierung, weshalb sie sich weigern, den mit der FSA verbundenen Gruppen geeignetes Material zu liefern, aber gegen Waffenlieferungen der Golfmonarchien an die mit der FSA nicht verbundenen islamistischen Gruppen keine Einwände haben. Es sei darauf hingewiesen, dass die von europäischen Staaten wie Frankreich und England im März 2013 verkündeten Waffenlieferungen an die Aufständischen bislang noch nicht begonnen wurde.

Zur Haltung Israels ist zu sagen: Keine westliche Macht und noch weniger die israelische Regierung wünschen Instabilität an den Grenzen des jüdischen Staats – das Assad-Regime hat sich ja seit der Errichtung einer entmilitarisierten Zone im Jahr 1974 als fähig erwiesen, sein Grenzen im Südwesten zu garantieren und jeden bewaffneten oder gewalt-

losen Widerstand auf den seit 1967 besetzten Golanhöhen und auch in den anderen Landesteilen unterbunden.

Das syrische Regime ist auch, im Einverständnis mit den Westmächten und Israel, 1976 militärisch im Libanon interveniert, um den palästinensischen Widerstand und die libanesische Linke zu zerschlagen. Die syrische Präsenz im Libanon deckte insbesondere die Belagerung des palästinensischen Flüchtlingslagers Tel al-Zaatar und das dort von christlichen Phalangisten angerichtete Massaker, dem über 2000 Palästinenser zum Opfer fielen. Eine neue politische Macht aus palästinensischem Widerstand und der libanesischen Linken wäre eine ernsthafte Bedrohung für das syrische Regime gewesen, das sich als Vorkämpfer der arabischen Sache und des Sozialismus ausgab, aber in Wirklichkeit immer nur auf den Erhalt seiner eigenen Macht mit allen Mitteln bedacht gewesen ist.

Die palästinensischen Flüchtlinge in Syrien täuschen sich darüber nicht, und darum nimmt eine wachsende Zahl von ihnen seit Beginn der Revolution auf der Seite ihrer syrischen Brüder und Schwestern an der Revolution teil. Sie haben ebenfalls unter der Repression gelitten, unter Verhaftungen und Hinrichtungen, mehrere ihrer Lager waren Zielscheibe von Angriffen des syrischen Regimes, darunter das von Yarmuk in Damaskus, das wochenlang von der Armee belagert wurde.

Syrien hat fast vier Jahrzehnte lang jede offene Konfrontation mit Israel vermieden, obwohl es palästinensische und libanesische Widerstandsgruppen in Maßen unterstützt hat. Mit Ausnahme einiger Scharmützel zwischen ihren Luftwaffen im Jahr 1982 haben Israel und Syrien seit 1973 keinen militärischen Konflikt miteinander geführt. Syrien hat die direkten Angriffe auf sein Territorium, die weithin Israel zugeschrieben werden, unbeantwortet gelassen (Luftangriff auf einen vermuteten Atomreaktor 2007; Ermordung des führenden libanesischen Widerstandskämpfers Imad Mughniyya 2008). Im Libanonkrieg 2006 fiel kein Schuss von syrischem Territorium aus. Syrien war an einer Vielzahl von Friedensgesprächen beteiligt. Sie haben zu keiner Vereinbarung geführt, nur das «eisige» Klima zwischen beiden Ländern aufrechterhalten. Nach Einschätzung israelischer Experten könnte die Destabilisierung des syrischen Regimes oder seine Beseitigung diesen Zustand verändern. Syrische Regierungsbeamte haben mehrfach erklärt, dass sie bereit sind, ein Friedensabkommen zu unterzeichnen, sobald die Besetzung der Golanhöhen beendet wird; zur Frage des Status der Palästinenser haben sie nichts verlauten lassen. Rami Makhlouf, der Cousin von Bashar al-Assad, erklärte im Juni 2011, ohne Stabilität in Syrien werde es keine Stabilität in Israel geben. Er fügte hinzu, niemand könne wissen, was geschieht, wenn dem syrischen Regime etwas passiert.

Dieses Regime hat also eindeutig zur Stabilisierung der Grenzen Israels beigetragen und außerdem mehrmals nachhaltig mit den Westmächten paktiert, zuerst im Ersten Golfkrieg gegen den Irak im Jahr 1991, dann durch einen systematischen Informationsaustausch im «Krieg gegen den Terror» des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush. Aus diesem Grund wurde Bashar al-Assad zu Anfang des revolutionären Prozesses im März 2011 von Hillary Clinton, damals Außenministerin der USA, als «Reformer» bezeichnet; diese Position hielt sie während der ganzen ersten sechs Monate der Revolution aufrecht, und vom damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy wurde Assad noch im Dezember 2011 im Élysée-Palast zum Mittagessen eingeladen.



Die syrische Opposition im Landesinneren hat die Manöver von außen, die Struktur des Regimes zu erhalten, abgelehnt. Darum haben sich zahlreiche große Demonstrationen und zahlreiche Erklärungen gegen den Vorschlag des SNC-Vorsitzenden Moaz al-Khatib gewandt, einen Dialog mit dem Regime zu führen. Bei den Demonstrationen am 8. Februar 2013 gab es Transparente, auf denen zu lesen war: «Wir werden nur über die Abdankung des Regimes verhandeln» (*Syria Freedom Forever* 2013). Diese Art einer «politischen Lösung» läuft den Interessen der Massenbewegung zuwider. Die Aufrechterhaltung des Regimes wäre tatsächlich die schlimmste aller Lösungen. Auf den großen Freitagsdemonstrationen haben die Lokalen Koordinationskomitees (LKK) am 20. September 2013 ein Kommuniqué mit der Überschrift veröffentlicht: «Nur die Syrer können Syrien befreien.» Darin wird erklärt, dass trotz der Brutalität des Regimes und der Schwäche der internationalen Gemeinschaft der Wille des syrischen Volkes wachse, sich der Revolution aktiv anzuschließen, und dass dieser die mächtigste Waffe gegen die Tyrannei bleiben werde. Die Genfer Konferenz II, die Mitte November stattfinden sollte (inzwischen auf Januar verschoben wurde) und sowohl von den Verbündeten des syrischen Regimes (Iran, Russland und der Hizbollah) wie von den westlichen Ländern mit den USA an der Spitze unterstützt wird, ist nur eine weitere Wiederholung vergangener Initiativen, um eine jemenitische Lösung auf den Weg zu bringen.

Breite Teile der Massenbewegung drücken weiter ihre Ablehnung einer Verhandlungslösung mit dem Regime aus. So konnte man auf einer der zahlreichen Demonstrationen im Oktober 2013 viele Plakate und Mitteilungen lesen, auf denen es hieß: «Nicht in Genf, sondern in Den Haag» entscheide sich die Zukunft – damit ist gemeint, die Vertreter des Regimes sollten vor Gericht gestellt werden. In den von den Assad-Truppen belagerten Gebieten rief die Bevölkerung auf Demonstrationen sogar: «Besser sterben als kapitulieren.» Der Wille, das Regime zu stürzen, um ein neues, demokratisches Syrien aufzubauen, ist also weiter da.

Innerhalb der politischen Opposition gibt es Meinungsverschiedenheiten über die Beteiligung an Genf. Ein Teil der Führung unter Michel Kilo ist für Verhandlungen, das Nationale Koordinationskomitee auch. Der SNC hat angekündigt, er weigere sich teilzunehmen, wenn vorab nicht die Abdankung Assads und seines Regimes vereinbart wird. Die Freie Syrische Armee, die nicht nur gegen das Regime, sondern auch gegen die jihadistischen Gruppen kämpft, ist ebenfalls gegen Verhandlungen, wenn es keine Garantie dafür gibt, dass der syrische Diktator und sein Regime verschwinden.

## **Die Massenbewegung und die Selbstorganisation**

Von Beginn der Revolution an waren die Basiskomitees die wichtigste Organisationsform in den Dörfern, Stadtteilen, Städten und Regionen. Diese Volkskomitees waren die wahre Speerspitze der Bewegung, da sie die Massen zu den Demonstrationen mobilisierten. Später haben sie in den vom Zugriff des Regimes befreiten Zonen Formen der Selbstverwaltung entwickelt. Dort sind von der Bevölkerung gewählte Räte entstanden, um die befreiten Regionen zu verwalten, was beweist, dass das Regime die Anarchie verursacht, nicht das Volk.

In bestimmten befreiten Gebieten, die die bewaffneten Kräfte des Regimes verlassen

mussten, wurden zivile Verwaltungsstrukturen geschaffen, um auf die Abwesenheit des Staates zu reagieren und seine Verantwortung in einer Reihe von Bereichen zu übernehmen – für Schulen, Krankenhäuser, Straßen, für die Versorgung mit Wasser, Elektrizität und Kommunikationsmitteln. Diese zivilen Verwaltungen werden durch Wahlen und/oder durch Konsensentscheidungen der Bevölkerung eingerichtet und haben als Hauptaufgabe die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste, der öffentlichen Sicherheit und des friedlichen Miteinanders der Bürger. In bestimmten Regionen, Stadtvierteln und Dörfern waren die örtlichen Wahlen in den befreiten Gebieten die ersten freien Wahlen seit vierzig Jahren. So etwa in der Stadt Deir ez-Zor Ende Februar 2013, wo Ahmad Mohammad, einer der Wähler, erklärte: «Wir wollen einen demokratischen Staat, nicht einen islamischen Staat, wir wollen einen säkularen Staat, der von Zivilpersonen verwaltet wird und nicht von Mullahs.» Diese örtlichen Räte spiegeln den Verantwortungssinn und die Fähigkeit der Bürger wider, die Initiative zu ergreifen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, indem sie sich auf Fachleute, ihre Erfahrung und ihre eigene Energie stützen. Es gibt diese Räte in verschiedenen Formen und sowohl in Zonen, die noch vom Regime beherrscht werden, als auch in solchen, die sich von ihm befreit haben.

Ein weiteres Beispiel für diese Dynamik der Selbstorganisation ist die Gründungsversammlung der «Koalition der revolutionären Jugend» in Syrien, die Anfang Juni in Aleppo stattgefunden hat. Auf dieser Versammlung trafen sich zahlreiche Aktivisten und Koordinierungskomitees aus verschiedenen Regionen des Landes, die seit Beginn der Revolution eine wichtige Rolle an der Basis gespielt haben und weite Bereiche der syrischen Gesellschaft repräsentierten. Für sie war die Konferenz ein Schlüsselereignis, um die revolutionäre Jugend aus allen Gemeinschaften zusammenzuführen. Das alles bedeutet nicht, dass es bei den Volksräten keine Mängel gäbe, etwa in der Repräsentation der Frauen oder bestimmter Minderheiten. Die Realität soll nicht geschönt, sondern wahrheitsgemäß richtiggestellt werden.

Ein anderes, für die Dynamik «von unten» der Revolution ebenso wichtiges Moment ist die schlagartige Entstehung unabhängiger Zeitungen, die von Organen der Volksmacht herausgegeben werden. Vor der Revolution gab es drei Zeitungen, die alle in der Hand des Regimes lagen. Jetzt hat ihre Zahl auf ungefähr 60 zugenommen, und sie werden von Gruppen aus der Massenbewegung produziert.

## **Das Beispiel von Raqqa**

Ein ausgeprägtes Beispiel für die Selbstorganisation der Massen ist Raqqa, die einzige befreite Provinzhauptstadt (seit März 2013). Obgleich immer noch von der Luftwaffe des Regimes bombardiert, ist Raqqa völlig autonom, und es ist die örtliche Bevölkerung, die die öffentlichen Angelegenheiten verwaltet.

In Raqqa werden die Volksorganisationen meistens von Jugendlichen geleitet. Es wurden dero immer mehr, bis Ende Mai mehr als 42 Volkskomitees offiziell registriert waren. Sie haben verschiedene Kampagnen organisiert, etwa die Kampagne «Die Fahne der syrischen Revolution repräsentiert mich»: Sie besteht darin, in Stadtteilen und Straßenzügen die Revolutionsfahne auf die Mauern zu malen, um der Kampagne der Isla-

misten zu begegnen, die die schwarze Fahne des Islam durchsetzen wollen. In der Stadtmitte wurde ein Theaterstück aufgeführt, das sich über das Assad-Regime lustig macht, und Anfang Juni haben Volksorganisationen eine Ausstellung mit örtlichen künstlerischen und kunsthandwerklichen Produkten organisiert. Zentren wurden eingerichtet, in denen sich Jugendliche sinnvoll betätigen können und in denen ihre psychischen Störungen infolge der Kriegserfahrungen behandelt werden. Die Prüfungen zum syrischen Abitur im Juni und Juli wurden allesamt von Freiwilligen durchgeführt.

Solche Erfahrungen der Selbstorganisation finden sich in zahlreichen befreiten Gebieten. Frauen spielen in diesen Bewegungen und auch bei den Demonstrationen im allgemeinen eine große Rolle. Sie führten z. B. am 18. Juni 2013 in Raqqa vor dem Hauptquartier der islamischen Gruppe Jabhat al-Nusra eine sehr große Demonstration an, auf der sie die Freilassung der inhaftierten Gefangenen forderten. Die Demonstranten riefen Parolen gegen Jabhat al-Nusra und verurteilten deren Handlungsweise. Sie gingen so weit, die Hauptparole von Damaskus vom Februar 2011 zu skandieren: «Das syrische Volk weigert sich, sich demütigen zu lassen.» Die Gruppe «Haquna» («Unser Recht»), in der viele Frauen organisiert sind, führte ebenfalls viele Kundgebungen gegen die islamistischen Gruppen in Raqqa durch, auf denen sie zum Beispiel rief: «Raqqa ist frei, Jabhat al-Nusra raus.»

Seitdem Raqqa im März 2013 von den Truppen des Regimes befreit wurde, gab es zahlreiche Demonstrationen gegen die autoritären Ideologien und Praktiken der islamistischen Gruppen. Es gab Solidaritätskundgebungen mit entführten Aktivisten für ihre Freilassung aus den Fängen der Islamisten. Einige Aktivisten wurden daraufhin freigelassen, andere sind bis heute inhaftiert, etwa der bekannte Pater Paolo und Firas al-Haj Saleh, der Bruder des Intellektuellen und Aktivisten Yassin Haj Saleh.

Neuerdings finden auch zahlreiche Demonstrationen gegen die Gruppe «Islamischer Staat von Irak und Syrien» (ISIS) statt. Im Juni starteten in der Stadt Deir ez-Zor örtliche Aktivisten eine Kampagne mit dem Ziel, die Einwohner zu ermutigen, an der Beaufsichtigung und Dokumentierung der Tätigkeit der örtlichen Räte teilzunehmen und ihre Rechte einzufordern – und damit eine Kultur der Respektierung der Menschenrechte zu fördern. Besonderen Nachdruck legte die Kampagne auf die Idee von Recht und Gerechtigkeit für alle.

## **Gegen die Islamisten**

Die Volksorganisationen haben sich oft den bewaffneten islamistischen Gruppen widersetzt, die nämlich mit Gewalt die Kontrolle der befreiten Gebiete an sich reißen wollen, obwohl sie keine Wurzeln in der Volksbewegung haben und nicht aus der Revolution hervorgegangen sind.

Ähnliche Demonstrationen wie in Raqqa gegen die autoritären und reaktionären Praktiken der Islamisten haben auch in Aleppo, Mayadin, al-Kusair und in anderen Städten wie Kanfranbel stattgefunden. Im Stadtviertel Bustan al-Qasr, in Aleppo, hat die örtliche Bevölkerung immer wieder gegen die Maßnahmen des Sharia-Rats von Aleppo demonstriert, zu dem sich mehrere islamistische Gruppen zusammengesetzt haben. Am 23. August demonstrierte sie gegen das Chemiewaffenmassaker des Regimes an der Be-

völkerung von Ghouta und forderte die Freilassung des bekannten Aktivisten Abu Maryam, der wieder einmal vom Sharia-Rat gefangen genommen worden war. Ende Juni 2013 hatten Demonstranten wegen der fortgesetzten repressiven und autoritären Politik dieses Rats in demselben Stadtviertel gerufen: «Verpiss dich, Islamischer Rat». Auch das Attentat eines ausländischen Jihadisten der Gruppe ISIS auf einen 14jährigen Jungen wegen eines angeblich blasphemischen Witzes, in dem auf den Propheten Mohammed angespielt wurde, provozierte den Zorn der Bevölkerung; das Volkskomitee organisierte eine Demonstration gegen den Islamischen Rat und die islamistischen Gruppen.

Jeden Freitag finden Demonstrationen statt. Bei der Freitagsdemonstration vom 2. August 2013 gaben die Lokalen Koordinationskomitees (LKK) folgendes Kommuniqué heraus: «In einer einheitlichen Botschaft der Revolution an die ganze Welt erklären wir, dass die Entführung von Aktivisten und wichtigen Akteuren der Revolution nicht nur im Interesse der Tyrannei ist, sondern auch der Freiheit und Würde der Revolution schadet.» Die Botschaft richtete sich direkt an die reaktionären islamistischen Gruppen. Im selben Geist veröffentlichten die LKK am 28. Juli 2013 eine Botschaft mit dem Titel: «Es ist dieselbe Tyrannei, die im Namen der Religion oder im Namen des Säkularismus ausgeübt wird», womit Islamisten und das Regime in einen Sack gesteckt wurden. In der Erklärung «Nur die Syrer werden Syrien befreien» vom 20. September drückten sie erneut aus, dass sie die Ersetzung einer Tyrannei durch eine andere ablehnen. Sie stellten die jihadistische ISIS-Gruppe an den Pranger, deren Praxis «sich in Hinblick auf die Repression und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit nicht von den Praktiken des Assad-Regimes» unterscheidet.

## **Araber und Kurden vereint**

Im Nordosten Syriens, wo eine überwiegend kurdische Bevölkerung lebt, haben die jüngsten Kämpfe zwischen islamistischen Milizen und kurdischen Milizen der PYD die Bevölkerung und Aktivisten zum Eingreifen bewogen. Ihre Initiativen zielten darauf ab, die brüderliche Verbundenheit der Kurden und Araber in dieser Region zu demonstrieren und zu bestätigen, dass die syrische Volksrevolution für alle da ist und Rassismus und Sektierertum ausschließt. Zum Zeitpunkt dieser Kämpfe gründete sich in der Stadt Tall Abyad das Bataillon «Chirko Ayoubi», das sich am 22. Juli 2013 der Kurdischen Front anschloss. Dieses Bataillon besteht seitdem aus Arabern und Kurden. Sie haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie die Übergriffe der islamistischen Gruppen und die Versuche anprangern, das syrische Volk auf ethnischer oder kommunitaristischer Grundlage zu spalten. Die verschiedenen Bestandteile der FSA sind sich gleichwohl in dieser Frage nicht einig. Manche kämpfen auf Seiten der Islamisten, während andere sich den kurdischen Milizen angeschlossen und die von den islamistischen Gruppen begangenen Übergriffe verurteilt haben.

In Aleppo, im Stadtviertel von Achrafieh – wo hauptsächlich Kurden leben – gab es am 1. August 2013 eine Demonstration von mehreren hundert Personen für die Solidarität von Arabern und Kurden. In der Stadt Tell Abyad, die Schauplatz intensiver Kämpfe war, haben Aktivisten verschiedene Initiativen ergriffen mit dem Ziel, den militärischen Konflikt zwischen den beiden Gruppen zu beenden, Flucht und Vertreibung der Zivilbevöl-

kerung zu stoppen, ein Volkskomitee ins Leben zu rufen, das die Stadt regiert und ihr Alltagsleben verwaltet, und gemeinsame Aktivitäten der arabischen und der kurdischen Bevölkerung zu befördern, um mit friedlichen Mitteln zu einem Konsens zu gelangen. Diese Anstrengungen halten trotz der fortgesetzten Kämpfe zwischen islamistischen und kurdischen Milizen bis heute an. In der Stadt Amuda haben sich am 5. August 2013 etwa dreißig Aktivisten mit kurdischen Fahnen und syrischen Revolutionsfahnen hinter einem Plakat versammelt, auf dem stand: «Ich liebe dich, Homs», um ihre Solidarität mit dieser von der Armee belagerten Stadt zu zeigen.

Noch in jüngster Zeit haben örtliche Aktivisten in der Stadt Qamishli, wo arabische (muslimische und christliche), kurdische und assyrische Bevölkerungsteile leben, zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht, um die Koexistenz und die Verwaltung bestimmter Stadtteile durch gemeinsame Komitees sicherzustellen. Der örtliche Zweig der Vereinigung freier kurdischer Studierender hat eine kleine Internetkampagne lanciert, die zu Freiheit, Frieden und Brüderlichkeit, Toleranz und Gleichheit für Syriens Zukunft aufruft.

Die traditionelle Opposition – von den Islamisten über die Nationalisten bis hin zu den Liberalen – befürwortet die kulturellen Rechte der Kurden, aber nicht ihre Autonomie. Die Bewegung der Revolutionären Linken in Syrien hingegen hat ihre Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes bekräftigt. Diese Unterstützung hindert uns nicht daran, das kurdische Volk als gleichberechtigten Partner im Kampf gegen das verbrecherische Assad-Regime und für den Aufbau einer demokratischen, sozialistischen und säkularen Zukunft Syriens zu sehen.

Ebenso haben wir die Machenschaften der Islamisten und anderer reaktionärer Kräfte und deren Versuche, das syrische Volk zu spalten, verurteilt. Auch ist es unakzeptabel, dass bestimmte Teile der syrischen Opposition, darunter der SNC, die Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes in Syrien verweigern – damit unterscheiden sie sich nicht von der nationalistischen Politik des Assad-Regimes.

Die Massenbewegung des syrischen Volkes lehnt den Konfessionalismus auch weiterhin ab, trotz der Versuche des Regimes und der islamistischen Gruppen, dieses gefährliche Feuer zu entzünden. Auf den Demonstrationen werden bis heute ständig Parolen gerufen wie: «Wir sind alle Syrer, wir sind alle vereint» und «Nein zum Konfessionalismus».

Die Volkskomitees und die Formen der Selbstorganisation spielen für den Fortgang des revolutionären Prozesses eine Schlüsselrolle, denn das sind die wesentlichen Akteure, die der Massenbewegung ermöglichen zu widerstehen. Es geht nicht darum, die Rolle des bewaffneten Widerstands herunterzuspielen, aber dessen Erfolg hängt wiederum von der Massenbewegung ab.

Es ist nicht leicht, das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen, sehr stark in der Revolution verwurzelten Volkskomitees und den reaktionären jihadistischen und islamistischen Gruppen einzuschätzen, die nach wie vor von den Golfmonarchien finanziert werden. Gewiss ist aber, dass die Massenbewegung niemals die Ziele der Revolution aufgeben wird: Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Ablehnung des Konfessionalismus, trotz der ständigen Bedrohungen durch diese Gruppen und durch das Assad-Regime.

## Schlussfolgerung

Die syrische Revolution ist immer noch lebendig, sie geht weiter und wird nicht aufhören – trotz des gnadenlosen Kriegs des Regimes gegen die Massenbewegung, trotz der wiederholten Massaker an der Zivilbevölkerung, trotz der Bedrohung durch die reaktionären islamistischen Gruppen im Innern. Obwohl diese Gruppen eine Minderheit darstellen, sind sie doch gefährlich; sie sind wegen ihrer Gegnerschaft zu den Zielen Demokratie und soziale Gerechtigkeit, wegen ihrer konfessionalistischen Ideologie und ihrer autoritären Praktiken ebenfalls Feinde der Revolution.

Diese Revolution ist verlassen, weder von regionalen noch von internationalen Kräften erhält sie nennenswerte Unterstützung, gleichwohl entmutigt das die Syrerinnen und Syrer nicht, sie setzen ihren Kampf für Freiheit und Würde fort, trotz der furchtbaren Repression. Ein Sieg der syrischen Revolution wird die Entstehung revolutionärer Situationen in den Nachbarländern begünstigen und den revolutionären Prozess in anderen Ländern vertiefen. Der Widerstand und der Mut des syrischen Volkes inspirieren jeden Revolutionär, der für eine gerechtere Welt kämpft. Er benötigt daher die weltweite Solidarität der kämpfenden Völker. Unsere Kämpfe sind miteinander verbunden, und jeder Sieg eines Volkes im Kampf für seine Befreiung hat nicht nur regionale, sondern auch internationale Auswirkungen. In dieser Dynamik liegt der ganze Sinn des Konzepts der permanenten Revolution.

Das syrische Volk singt weiter, wie vor zwei Jahren schon: «Das syrische Volk wird sich nicht unterwerfen» und «Das syrische Volk wird nicht gedemütigt werden» und «Lieber den Tod als die Demütigung». Die Massenbewegung wird ihren Kampf bis zur Durchsetzung der Ziele der Revolution fortsetzen.

Lang leben die Volksrevolutionen!

Macht und Reichtum für das Volk!

*Joseph Daher ist Doktorand an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London und Mitglied der Strömung der Revolutionären Linken in Syrien. (Übersetzung aus dem Französischen: Sophia Deeg, Harald Eitzbach, Manuel Kellner.)*

## Literatur

Barout, Mohammed Jamal (2012): *Al – Aqd al Akhri fi tarikh surya: jadaliyyat al jumud wal islah*. Doha: Al Markaz al Arabi lil Abhath wa Dirasat al Siyasat.

Batatu, Hanna (1998): *Syria's peasantry, the descendants of its lesser rural notables and the politics*. Princeton: Princeton University Press.

Central Bureau of Statistics (2013): <http://urlm.co/www.cbssyr.org>, <http://urlm.co/www.cbssyr.org>.

Coalition Watan (2012): *Syria: founding of the «Watan Coalition»*. Europe Solidaire. 13. 2. 2012, [www.europe-solidaire.org/spip.php?article25889](http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article25889), Zugriff: 27. 11. 2013.

Damascus online (2000): *President Bashar al Asad's to the People's Council*: Damascus online 17. Juli 2000, [www.damascus-online.com/history/documents/bashar.htm](http://www.damascus-online.com/history/documents/bashar.htm).

FIDA (2009): *République arabe syrienne. Programme d'options stratégiques pour le pays*. Fonds international de développement agricole (FIDA). Rom. [www.ifad.org/gbdocs/eb/98/f/EB-2009-98-R-22.pdf](http://www.ifad.org/gbdocs/eb/98/f/EB-2009-98-R-22.pdf).

Haddad, Bassam (2009): *Enduring legacies. The politics of private sector development in Syria*. In: F. H. Lawson (Hrsg.): *Demystifying Syria*. London: Middle East Institute at SOAS. S. 240.

- Haddad, Bassam (2011): *Business networks in Syria, the political economy of authoritarian resilience*. Stanford: Stanford University Press.
- Hinnebusch, Ramond A. (1990): *Authoritarian power and state formation in Ba'athist Syria*. Colorado: Westview Press.
- Hinnebusch, Ramond A. (2001): *Syria. Revolution from above*. Oxford: Routledge.
- IMF (2010): *Syrian Arab Republic: 2009 Article IV consultation staff report and public information notice*. Washington, DC: [www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2010/cr1086.pdf](http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2010/cr1086.pdf).
- IRIN (2008): *Syrie: L'inflation creuse l'écart entre les riches et les pauvres*. 11. Februar 2008. [www.irin-news.org/fr/report/76655/syrie-l-inflation-creuse-l-%C3%A9cart-entre-les-riches-et-les-pauvres](http://www.irin-news.org/fr/report/76655/syrie-l-inflation-creuse-l-%C3%A9cart-entre-les-riches-et-les-pauvres), Zugriff: 1.11.2013.
- Issawi, Charles (1982): *An economic history of the Middle East and North Africa*. New York: Columbia University Press.
- Landis, Joshua/Joe Pace (2009): *The Syrian opposition. The struggle for unity and its relevance 2003–2008*. In: F.H. Lawson (Hrsg.): *Demystifying Syria*. London: Middle East Institute at SOAS. S.120–143.
- Leverrier, Ignace (2011): *Un œil sur la Syrie. Rami Makhoul, «de l'affairisme à l'illusionnisme»*. 28. Juni 2011. <http://syrie.blog.lemonde.fr/2011/06/28/rami-makhoul-de-l-affairisme-a-l-illusionnisme>, Zugriff: 1.11.2013.
- Lowe, Robert (2006): *The Syrian Kurds: a people discovered*. Chatham House.
- Perthes, Volker (1995): *The political economy of Syria under Assad*. London: Tauris.
- Revolutionary Left Current (2011): *Syria's revolutionary left: Challenges of a transitional phase*. Blog Syria Freedom forever. 6. November 2011. [http://syriafreedomforever.wordpress.com/political-programs-\(1'E,-3'3J\)](http://syriafreedomforever.wordpress.com/political-programs-(1'E,-3'3J)), Zugriff: 27.11.2013.
- Richards, Alan/John Waterbury (2014): *A political economy of the Middle East: state, class and economic development*. London: Westview Press.
- Seurat, Michel (2012): *Syrie: L'Etat de barbarie*. Paris: PUF.
- Shakour, Shaalan (2009): *Statement by A. Shakour Shaalan, Executive Director for Syrian Arab Republic; Syrian Arab Republic: 2009 Article IV consultation staff report and public information notice, 9. Januar 2009*. International Monetary Fund: Washington D. C.
- Syria Freedom Forever (2013): *The Syrian people will not kneel, despite threats from outside and within*. Blog Syria Freedom forever. 13. Februar 2013. <http://syriafreedomforever.wordpress.com/2013/02/13/the-syrian-people-will-not-kneel-despite-threats-from-outside-and-within>, Zugriff: 27.11.2013.
- UNDP (2005): *The first poverty assessment report*.
- United Nations Development Group (2010): *Syrian Arab Republic third national MDGs progress report*. [www.undg.org/docs/12218/MDGR-2010-En.pdf](http://www.undg.org/docs/12218/MDGR-2010-En.pdf).
- Van Dam, Nikolaos (1996): *The struggle for power in Syria*. London: Tauris.
- WSJ (2011): *Interview with Syrian President Bashar al-Assad*. Wall Street Journal, 31.1.2011. <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703833204576114712441122894.html>.
- Yazigi, Jihad (2010): *Syria Report, June 2010*. [www.syria-report.com](http://www.syria-report.com).